

bewegung nicht einmal diese Frage zu einem Programmepunkte zu machen. Kein einziger von ihnen konnte einen Sitz in der Bürgerschaft erhalten. Der Reichstagsabgeordnete Dr. Bauer, der im Sinne der Handwerkerpartei für den Zollanschluss wirkte, legte sein Mandat nieder, weil er mit der Stimmung seines Wahlkreises in Gegensatz gekommen war; bei der Nachwahl siegte die Socialdemokratie, wesentlich unterstützt durch die heftige Opposition gegen den Zollanschluss von St. Pauli, und das erfolgreiche Eindringen der Fortschrittspartei in die bisher von den Nationalliberalen ausschließlich beherrschten bürgerlichen Kreise war wiederum nur der entschiedenen Frontstellung gegen den Zollanschluss zuzuschreiben. Im Reichstage erfuhr die Hamburger Frage durch die Verhandlungen am 8. und 10. d. M. mit einer schriftlichen Dissonanz ihren vorläufigen Abschluss, und heute, nach kaum zwei Wochen, ist der Zollanschluss Altonas ohne St. Pauli eine Thatsache, die man auch in Hamburg ganz in der Ordnung findet. Ja, man giebt sich auch davor, daß die Unterelbe bis zur Einbindung in die Zolllinie eingeschlossen wird, und läßt den Widerstand gegen die gänzliche Beseitigung der Freihafenstellung von Tage zu Tage mehr ermaten, nachdem der Reichstagsbeschluss erklärt hat, der Zeitpunkt des Anschlusses müsse wegen Herstellung der nötigen Docks, Lagerplätze u. dgl. auf mehrere Jahre hinausgeschoben werden. In Abgeordnetentreffen sieht man diese Ansichtänderung mit Aufsehen auf, wenn man auch nicht leugnet, daß die politische Welt Deutschlands dieser schnellen Wandelung einigermaßen verblüfft gegenüberstehen dürfte. Auf liberaler Seite hat man für Hamburg Partei genommen, ist für die schwerbedrohten Interessen des schwachen Bundesstaates mit aller Entschiedenheit eingetreten — und im Handumdrehen finden die Herren in Hamburg, daß nicht die Aufhebung der Freihafenstellung sondern die fernere Beibehaltung derselben das Hamburger Interesse schwerer beeinträchtigt. Der Wille des Reichstagslers ist inzwischen soweit zum Durchbruch gekommen, daß die Hamburger Autoritäten in der Presse befehrt sind und folgendermaßen argumentieren: 1. Der interne Importhandel hat nicht zugenommen; 2. Gewerbe und Detailhandel befinden sich in steter, rapider Abnahme; 3. das Grundbesitzthum selbst in den besagten und lebhaftesten Gegenden hat an Werth eingebüßt; 4. der allgemeine Wohlstand hat sich von Jahr zu Jahr verringert; 5. das Staatsbudget weist ein trauriges Aussehen auf. Wir wollen gleich noch als Nummer 6 hinzufügen: der Export deutscher Industrieprodukte hat bisher nicht die erwünschte und mögliche Ausdehnung und Prosperität erlangt, weil die beiden ersten Seehandelsplätze außerhalb des Zollgebietes liegen und man in Hamburg und Bremen andere Dinge für wichtiger hält als die Förderung des deutschen Exports. Wenn der Reichstagsler wieder einmal gegen den Particularismus ins Zeug geht, und die bedrohten Sonderinteressen den Schutz des Reichstages anrufen, wird man sich dort eingebend des Hamburger Falles wohl etwas fühliger verhalten. Das ist die Moral von der Geschichte.

Das preussische Abgeordnetenhaus setzte am Montag die Beratung des Landesreorganisationsentwurfs fort und trat sogleich in die Debatte über die administrative Einteilung der Provinz Hannover ein. Bekanntlich will der Minister des Inneren die sechs bestehenden Landdrostkreise zu drei Regierungsbezirken zusammenlegen. „Man darf — so schreibt man uns aus Berlin — zu den Staatsbehörden das Vertrauen haben, daß sie nicht ohne Noth Unmuth und Verbitterung in die hannoversche Bevölkerung werfen werden, aber man kann die Frage nicht abweisen, ob die abstracten Vorteile wirklich jene Missethungen aufwiegen würden, ob die Gründe für eine bürocratische Mittelströmung, die allerdings auch ihre Berechtigung hat, stärker sind als diejenigen für eine Bewahrung historisch erwachsener Verhältnisse. Die hannoverschen Abgeordneten, die heute naturgemäß in erster Reihe zum Wort kamen, vertraten einmütig und geschäft die Beibehaltung des gegenwärtigen Zustandes. Sie kämpften pro domo und der einzige Vorwurf, der den Abgeordneten v. Bennigsen, Götting, Bielefeld und Brühl zu machen wäre, ist der, daß dieselben Dies in vielleicht allzu reichlichem Maße thaten, daß sie die allgemeinen staatlichen Gesichtspunkte mehr als billig hinter die Betonung provinzieller und localer Wünsche zurücktreten ließen. Das Eine ist festzuhalten, daß die Verwaltungsbehörden in ihrer beachtlichsten Neuorganisation und die Selbstverwaltungskörper, wie sie theils jetzt in Kraft treten sollen, theils erst vorbereitet werden, auch mit der jetzt geltenden Einteilung der Provinz Hannover nicht in allzu großer Disharmonie stehen, daß die Landdrostkreise, auch die kleinsten, noch immer umfangreich genug sind, um ein selbstständiges administratives und verwaltungsmäßig lebendes Leben führen zu können; daß aber auf der anderen Seite mit der Annahme des Regierungsentwurfs eine Abweichung von der allgemeinen Norm in nicht allzu verletzender Weise und mit der Aussicht auf eine jährliche Ersparnis von rund 200,000 Mark dauernd befestigt werden würde. Dennoch kam der Reichstagsabgeordnete Gneiss, der mit wohlthuernder Objectivität beiden Standpunkten gerecht zu werden suchte, im Verlauf seines Referats dahin, die Beibehaltung des gegenwärtigen Zustandes zu empfehlen. Das Haus entschied sich in gleichem Sinne, indem es mit der Maßgabe, daß die Landdrostkreise Hildesheim und Hannover zu einem Regierungsbezirk zusammengelegt werden sollen.“

Ueber die Haltung der Ultramontanen wird uns noch aus Berlin gleichfalls vom Montag geschrieben: Die Mitglieder des Centrums werden in der heutigen Abend Sitzung der Commission für die Verwaltungsreform erklären, daß sie mit der Ansicht nicht einverstanden sind, das Com-

petenzgesetz noch in dieser Session in der Commission durchzubringen, weil eine solche Arbeit zwecklos sei. Offenlich wird der Vorsitzende der Commission, der Abg. v. Bennigsen diesen Streitverlauf des Centrums ein wirksames Paroli bieten.“

Somit so wohlwollend gegen den Jesuitismus, hat jetzt die der preussischen Regierung nahe stehende Presse die Weisung erhalten, sich gegen die Centrumpartei zu kehren. Von dieser Seite wird jetzt wie folgt geschrieben: „Trotz der Rückkehr des Abg. Rajunko scheint der vatikanische Tagesbefehl für das Centrum noch nicht vorzuliegen. Wenigstens deutet hierauf die Unruhe, welche in den Kreisen und ausweichenden Antworten der Herren vom Centrum sich abspiegelt. Ihre Berlegenheit dürfte übrigens bald zunehmen, wenn einmal die Absichten und Beweggründe der Staatsregierung in der Parlamentsdebatte durch mündliche Erklärungen und nöthigenfalls durch Actenstücke klar gestellt sein werden. Jedenfalls läßt sich annehmen, daß man bei der römischen Curie schon heute über die Sachlage besser orientirt ist, als es den von Hezereien der Dortmunder Versammlung und gewisser Presseorgane beeinflussten Mitgliedern der Centrumsfraction zugemuthet werden kann.“

Im Lager der Anhänger des Zukunftsstaates herrscht Zwiespalt. Das in Zürich erscheinende internationale Organ der deutschen Socialdemokraten bringt unter der Ueberschrift „Ein Austritt aus der Partei“ die Erklärung der Parteiführer, daß der bisherige socialdemokratische Abgeordnete Hasselmann, Vertreter von Barmen-Eberfeld, aus der socialdemokratischen Partei ausgeschlossen sei. Der Parteibeschluss wird damit motivirt, daß Hasselmann durch seine Rede im Reichstags Reichstage gelegentlich der dritten Lesung des Socialistengesetzes, welche er damit schloß, „daß er bedauere, daß die deutschen Socialdemokraten sich nicht mit den Nationalisten und Communisten identifiziren“, die Partei-Interessen schwer geschädigt (nicht etwa das Partei-Programm verlegt!) habe. Auch der „Genosse“ Most, weiland in London, gegenwärtig auf eigene Faust in der Schweiz agitirend, soll aus der Partei entfernt und mit Reisegeld nach Amerika versehen worden sein.

Nach dem jetzt festgestellten definitiven Resultate erhielt bei der Erziehung zum Reichstage in Passau Oberlandesminister Friedrich Abt (Centrum) 7494 Stimmen und Bezirksarzt Dr. Egger (Liberal) 1790 Stimmen. Ersterer ist somit gewählt.

Das italienische Volk hat sein Votum abgegeben. Das Gesamtergebnis der Wahlen ist annähernd folgendes: Die Rechte hat 170, die ministerielle Linke 215, die Centren 50 und die dissidente (antiministerielle) Linke 75 Sitze inne. Das ist ein Stimmverhältniß, welches dem Cabinet Cairoli-Depretis keine besonders günstigen Aussichten eröffnet. Die Stichwahlen bestreiten nicht die sehr schwankende Stellung des Cabinets. Als speziellen Beitrag zur Lage geben wir das folgende Telegramm:

Rom, 24. Mai. Das nunmehrige Ergebnis der Wahlen läßt sich folgendermaßen beschreiben: Gemäß 46 Constitutionelle, 75 Ministerielle und 20 Dissidenten; von 13 Gewählten ist die Parteistellung noch unbekannt. Demnach haben die Constitutionellen 4 Sitze verloren und 17 Sitze gewonnen, die Ministeriellen 18 Sitze verloren und 17 gewonnen und die Dissidenten 15 Sitze verloren und drei Sitze gewonnen. Doppeltwahlen haben 13 stattgefunden; 61 Wahlcollegen erstehen über die bisherigen Kandidaten durch neue. — Ueber die Thronrede verläutet, daß dieselbe nach einem Rückblick auf verschiedene Ereignisse der früheren Legislaturperiode der Kammer empfohlen wird, die Beratung der Gegenstände über die Abschaffung der Maßsteuer und die Wahlreform in ihrer ersten Session zu erledigen. Bezüglich der Kandidaten für das Präsidium der Kammer scheint die Regierung noch nichts beschlossen zu haben. — Die Dissidenten werden heute Abend über ihre der Regierung gegenüber einzunehmende Haltung berathen.

Nach solchen Ergebnissen ist das Cabinet natürlich nicht auf Rosen geteilt. Wenn morgen (Mittwoch) die Volkswoten in Monte Citorio sich wieder versammeln, so wird sich die Lage des Ministeriums Cairoli in keiner Weise gedehert haben. Bei dem wenigsten Anlasse kann, wie wir neulich ausführlich dargelegt haben, die Vertrauensfrage wiederum herbeigeezerrt und wiederum, sowie am 29. April, zu Ungunsten der Regierung beantwortet werden. Crispi und Ricotera, Beide durch die Wahlniederlage, welche ihrem Anhang widerfahren ist, erbittert, werden nicht summen, ihren Rücktritt zu stillen. Und Cairoli, der wenigstens ein Mann von offener Gemüthsart ist, dürfte wohl nicht abermals die wandelbare Meinung des Volkes verfolgen, nicht abermals von seinem schlaun Collegen Depretis sich zu einem „dilatorischen“ Verfahren bestimmen lassen. Für die Rechte aber ist die Zeit nicht gekommen; sie leucht schwer und mühselig den Berg hinan, von dem sie vor vier Jahren hinuntergedrängt wurde. So ist nirgends Halt und Ausdauer in diesem stuhenden Chaos der italienischen Politik, und an der Stelle, wo einst die römischen Consuln „sahen, daß der Staat keinen Schaden leide“, unterhüllt mit Rabalen und Intriguen ein Crispi, ein Ricotera den Gang und die Ordnung der öffentlichen Dinge. Das mag manchen italienischen Patrioten traurig stimmen; von draußen her aber ist man geneigt, den Nachkommen Cato's und Cicero's das Wort unseres Dichters zuzurufen: „Weh' dir, daß du ein Entel bist!“

Wie schon telegraphisch berichtet, hat sich zu Paris die ultraradicalen Kundgebung, welche am Sonntag zum Andenken an die am 23. Mai 1871 auf dem Kirchhofe Père-Lachaise erfolgten Communalen Insurgenten werden sollte, nur in

sehr bescheidenem Maßstabe vollzogen. Nachdem die Regierung im „Journal officiel“ ihren festen Entschluß angekündigt hatte, jede Zusammenrottung erforderlichen Falls mit Waffengewalt zu verhindern, ließ auch die Mehrzahl der radicalen Blätter an ihre Parteigenossen die Aufforderung ergehen, sich von jeder bezüglichen Demonstration fernzuhalten. Selbstredend unterließ die Communalenpresse zugleich nicht, das Cabinet aufs Schärfste anzugreifen. Nach den telegraphischen Mittheilungen aus Lyon hat Blanqui bei der Erziehung zur Deputirtenkammer die meisten Stimmen erhalten. Bei der bevorstehenden Stichwahl ist die Ernennung des alten Berschwörers sicher. Das Wahlergebnis erregt in Paris lebhaftes Entsetzen.

Im englischen Parlament wird demnächst die irische Frage zu lebhaften Debatten Anlaß geben. Das Gesetz zur Erhaltung des Friedens in Irland, welches abläuft und nicht verlängert werden soll, enthält folgende Bestimmungen: 1. Die Einwohner eines Districts müssen für die Entschädigung haften, falls durch Aufruhr Menschen getödtet, beschädigt oder Verwundungen angerichtet werden. 2. Können, falls durch Unruhen besondere Kosten für eine Vermehrung der Polizeimannschaften oder durch Zuziehung solcher Mannschaften aus anderen Districten erwachsen, diese den betreffenden Districten aufzulegen werden. 3. Ist das Tragen von Feuerwaffen ohne besonderen Waffenschein verboten.

Allen Slaven, besonders den Südslaven, haftet ein Zug von Größenwahn an. In dem jugendlichen Hürstenthum Bulgarien beginnt man nachgerade in Folge des englischen Regierungswechsels dieser Krankheit anheimzufallen. Der bulgarischen Vertretung ist von der Regierung ein Befehl erteilt worden, welcher die Naturalisation der Bulgaren in den an Serbien und Rumänien übergegangenem bulgarischen Gebieten betrifft. Man bescheidet sich also in Sophia jetzt weniger denn je, das geträumte Großbulgarien zu Stande zu bringen, und verlangt das Recht einer Befreiung für Provinzen, die anderen Staaten angehören. Wenn nicht der rumänische Vertreter in Sophia sofort gegen diese Ambition formellen Einspruch erhoben hätte, so wäre befohlenes Gesetz auf der Stelle in Sophia angenommen worden. „Da hat doch wohl das Journal de St. Petersburg“ Recht, bemerkt boshaft die Wiener „R. F. P.“, wenn es jubelt, daß die Weltlage durch den Regierungswechsel in England sich „so glänzlich“ verändert habe.“

Eine pikante Illustration türkischer Zustände liefert eine Correspondenz aus Konstantinopel. Es heißt darin: „Graf Szechenyi, der uenerwürdige Organisator der hiesigen Feuerwehr, ist endlich zum Pascha avancirt; gleichzeitig erhielt auch der Oberst v. Drigalsky, welcher bei der Reorganisation der Gendarmen vorzugsweise thätig ist, denselben Rang. Charakteristisch für die Palaiszustände ist, daß der Sultan den Befehl zu dieser Promotion schon seit drei Wochen unterzeichnet hatte, und daß Osman Pascha diesen Befehl des obersten Kriegsherrn unter's Kissen zu stecken sich erlauben durfte — ein Mandat, welches seiner Zeit der eben so blödsinnig fanatische Ramyz Pascha mit einigen anderen deutschen Officieren im türkischen Dienst ausgeführt hatte. Erst auf die energische Reclamation der deutschen Botschaft hin ließ sich Osman Pascha herbei, den fernman zu publiciren. Uebrigens ist Osman Pascha jetzt ausschließlich mit der Organisation einer starken bosnischen Leibwache für den Sultan beschäftigt, deren Commando der berühmte Mustafa von Tschelidja führen wird, derselbe, welcher den Würder Belj Redemed mit einem Revolver beschenkt hatte.“

Italienische Herzenswünsche.

Die kürzlich erfolgte officielle Zurückweisung jener Nachricht, welche sich auf eine bevorstehende Landung italienischer Freischaren an der Küste Albanien bezog, mag wohl begründet sein; aber daraus folgern zu wollen, Italien verhalte sich Albanien gegenüber völlig passiv, hiesie die Lage der Dinge und die Absichten der Italiener völlig verkennen. Das Verlangen nach Dalmatien, Istrien und Triest ist keineswegs neu. Es ist, je nach der für Italien mehr oder minder günstigen politischen Weltlage, von den Italienern schon wiederholt offenberzig ausgesprochen und formulirt worden: „Oesterreich soll vom Adriatischen Meere völlig abgedrängt und dieses ein ausschließlich italienisches werden.“ Man stand in Italien schon früher thatsächlich im Begriffe, zur Ausführung dieses Planes zu greifen und zwar durch eine Freischaren-Expedition unter Garibaldi. Bereits im Spätherbste 1861 wurde in Genua insgesam eine Freischaar gesammelt und ausgerüstet, die an der dalmatischen Küste landen sollte. Das damals noch zu Oesterreich gehörige Venetien sollte gleichzeitig in Aufruf verlegt und ein bewaffneter Einfall nach Südtirol unternommen werden. Nur die Wachsamkeit Oesterreichs, das namentlich die Garnisonen Dalmatiens sowie die in den dortigen Gewässern kreuzenden Flottenabtheilungen eifrig verstärkte, veranlaßte die Italiener, von ihrem dreifachen Unternehmen vorläufig abzusehen. Der darauf bezügliche Operationsplan Garibaldi's ging einige Jahre später durch alle Journale; auch die Augsburger „Allgemeine Ztg.“ brachte dieses Actenstück. In jenem Plane hieß es ausdrücklich: „Italien dürfe erst in Padua und Villach Halt machen.“ Das stimmt, wie man sieht, in ganz überraschender Weise mit den „strategischen Abrundungsgedanken“ überein, die erst kürzlich der italienische Militair-Schriftsteller P. Gambri geäußert.

Was nun speciell die geographische Lage Albanien's und die Dinge betrifft, welche gegenwärtig dort vorgehen, so liegt es auf der Hand, daß man sie in Italien nicht gleichgültig betrachtet.

Gelänge es Italien, in Albanien festen Fuß zu fassen, oder zu den Albanesen in ein gewisses Freundschaftsverhältniß zu treten, so wäre der erste vorbereitende Schritt zur Annexion Dalmatiens und Istriens gethan. Die montenegrinische Grenzfrage, die gegenwärtig Albanien bewegt, läme dabei minder in Betracht. Italien würde von Albanien aus thatsächlich die linke Flanke des ganzen österreichischen Küstenbesizes am Adriatischen Meere bedrohen, was für Oesterreich um so gefährlicher wäre, weil sein langgestreckter Küstenstrich ohnehin in keinem günstigen strategischen Verhältniß zu dem übrigen Theile des Reiches steht.

Schließlich sei noch bemerkt, daß die Italiener im süderlichen Süden ihres Landes über manche Wuchermittel verfügen, welche ihnen die politische Annäherung mit Albanien und einen insurrectionellen Zusammenhang mit dessen Bevölkerung erleichtern. Auf der Insel Sicilien giebt es beispielsweise mehrere albanische Colonien, deren Vorfahren zur Zeit des türkischen Druckes sich nach Italien geflüchtet hatten. Jene Colonien benahmten bis heute ihre religiöse, nationale und sprachliche Eigenart; ja gerade im Laufe der letzten Jahre äußerten sie eine fast auffällige literarische Thätigkeit, welche u. A. durch die italienisch-albanischen Gelehrten und Schriftsteller Demetrios und Nikolaus Camarda, De Rada und Andere vertreten wird.

Das Alles scheint sicher darauf hinzuweisen, daß die gegenwärtige Bewegung in Albanien im Zusammenhange mit gewissen Verlangenwünschen Italiens steht. Letztere verdienen die Irredentisten laut genug. Wenn andere italienische Kreise noch einige Zurückhaltung beobachten, so thun sie es wohl nur deshalb, weil ihnen der Zeitpunkt zu offener Sprache noch nicht günstig genug erscheint. Jedenfalls haben die Cabineten allen Grund, die „patriotischen“ Bestimmungen und die Verlangenwünsche Italiens mit Argwohn zu verfolgen.

Teppiche, Tischdecken, Möbelstoffe, Gardinen, Steppdecken, Schlafdecken, Reisdecken, Pferddecken,
empfehlen auch im Einzelnen zu Engros-Preisen
Bernhard Berend,
jetzt nur 6 Katharinenstrasse 6
Bockgölbe am Böttchergässchen.

Patentbesorgungen etc. durch Otto Sack, Civil-Ingenieur a. d. Kaiserl. Techn. Hochschule in Prag, unter Zusicherung gewissenhafter Ausfertigung zu günstigen Bedingungen u. mäßigen Preisen. Beste Referenzen bez. erfolgreicher Verwertung von Patenten.

Einen Posten Schultornister verkauft außerordentlich billig die Firma **Carl Kautzsch, Thomagässchen 7.**

Ausverkauf des Warenlagers der Firma **Carl Kautzsch, Thomagässchen 7, Portem., Cig.-Et., Briefe., Mappen, Albums etc.** zu bedeutend ermäßigten Preisen.

Kragen und Rüschen in reichhaltigster Auswahl; bei Entnahme von 5 Metern an Original-Fabrikpreisen. **Pauline Gruner, Reichstraße 52.**

Strohühle garnirt und ungarirt empfehlen billig **Theodor Rössner, Franz Walther, Reichstraße 3, Thomaskirchhof 1.**

Aux Caves de France, Reichstr. 5, Weinhandlung zur Einführung Gemisch unterfuchter, reiner, ungegohrter französischer Weine. Neu: **feines Frührot und Abendrot, kalt oder warm, incl. Butter und Käse und 1/2 Liter Wein à 80 C. Remonmirre Table d'hôte von 1/2, 1—3 Uhr à Couvert 1.50, im Abonnement 1.50 incl. 1/2 Liter Wein. Heute Neu: **Grüne Suppe, Ragout melé, Macaroni, Gef. Schinken, Sahnebratendeaux, Compot, Salat, Butter und Käse.****

Tageskalender.
Kaiserliche Telegraphen-Anstalten.
1. R. Telegraphenam 1: Kleine Fleischergasse 5.
2. R. Postamt 1 (Augustusplatz).
3. R. Postamt 2 (Kaiserplatz-Dresdner Bahnhof).
4. R. Postamt 3 (Barrischer Bahnhof).
5. R. Postamt 4 (Wühlgasse).
6. R. Postamt 5 (Königsplatz).
7. R. Postamt 6 (Königsplatz).
8. R. Postamt 7 (Königsplatz).
9. R. Postamt 8 (Königsplatz).
Das R. Telegraphenam 1 ist ununterbrochen geöffnet; die anderen (Königsplatz) erhalten dieselben Dienstleistungen wie bei den Postämtern. **Verkehrs-Bureau im Schloß Plessenburg, Thurmhaus, 1. Stage links (über der Kirche befindet). Die Bureauzeit ist von Montag bis 8 bis 1/2 Uhr Vormittags und Nachmittags von 1/2 bis 1/2 Uhr. Sonn- und Feiertage bis 10 Uhr.**
Deutsches Bibliothek: Universitätsbibliothek 11—1 Uhr. Stadtbibliothek 8—5 Uhr. Volksbibliothek 1. (IV. Bürgerstraße) 7—9 U. N. **Österreichische Centralbibliothek (Comenius-Institut)** Sidonienstraße 51, geöffnet Mittwoch u. Sonnabend von 2—4 Uhr.
2. Städt. Standesamt Leipzig, Königsplatz Nr. 14. **Eröffnungzeit:** 9—1 und 8—5 Uhr. An Sonn- und Feiertagen jedoch nur zur Anmeldung von todt geborenen Kindern und Sterbefällen von 11—12 Uhr.